



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Maßgebliches und Unmaßgebliches

Der Friedensschluß mit den Maximalisten. Fast drei Monate haben unsere Diplomaten dazu gebraucht, den Frieden mit den Maximalisten zustande zu bringen. Daß dahinter ein Friede mit ganz Rußland steht, kann mit gutem Gewissen nicht behauptet werden. Rußland, das will sagen jenes gewaltige Volkswirtschaftsgebiet, das von der Weichsel nach Osten bis an die Gestade des Stillen Ozeans reich ist und zu einem Staate zusammengefügt war, besteht nicht mehr. Was an seiner Stelle entstanden ist, ist noch nicht definierbar; es ist drüben alles im Fluß. Die Ukraina ist noch kein fertiger Begriff, sondern eher ein Wort, in das sich der politische Begriff erst hineinbauen soll. Ob er schließlich einen selbständigen Staat, einen russischen oder mitteleuropäischen Bundesstaat oder eine russische Provinz darstellen wird, vermögen wir noch nicht zu erkennen und, wenn wir ehrlich gegen uns selbst sind, so gestehen wir uns auch, daß wir noch gar nicht klar darüber sind, was wir uns wünschen sollen. In der Politik soll man zweckmäßig das wünschen, was unabänderlicherweise kommen muß.

Ohne Frage wird zunächst die innerpolitische Auseinandersetzung weitergehen. Die Maximalisten können unmöglich Herren der Regierungsgewalt bleiben, wenn sie auch dem russischen Volk die Beendigung des Krieges brachten. Den Frieden bringen sie ihm nicht! Dadurch verliert der Friedensschluß naturgemäß sehr an politischer Bedeutung. Er ist eigentlich vorerst ein militärisches Ereignis, das uns sehr erheblich entlastet, nicht vollkommen freimacht im Osten. Denn wollen wir die wirtschaftlichen Vorteile, die der Friedensschluß nach sich ziehen soll, nutzen, so bedürfen wir des sozialen Friedens auch in Rußland, muß die Auseinandersetzung zwischen der Ukraina und den Maximalisten beendet werden, muß die friedliche Entwicklung wenigstens der Ukraina sichergestellt sein. Daneben hat eine intensive Arbeit an den von der Armee noch besetzten Gebieten zu erfolgen. Es wird noch ein hartes Stück Arbeit zu leisten sein, ehe sie zu dem Wunsche

gelangen, für „ewig“ mit Deutschland vereint zu bleiben. Da aber hüte man sich, der nationalen Zugehörigkeit eine größere Bedeutung beizulegen, als es die Umstände erfordern. Die Liebe der Völker geht doch im wesentlichen durch den Magen, wird bestimmt durch die wirtschaftlichen Belange. Man zeige darum den Bewohnern der baltischen Provinzen, Weißrußlands und Litauens, daß sie größeren Verdienstmöglichkeiten entgegengehen, leichteren Arbeitsbedingungen, besseren Rechtsverhältnissen als bei Rußland oder in Selbständigkeit. Man vermeide Maßnahmen, die in erster Linie den Anschein des Opfers für die deutsche Sache haben!

Der beste Weg dazu wird sein die Förderung großer wirtschaftlicher Aufgaben, an denen das ganze Land beteiligt ist, Aufgaben, die zu Keimen und Trägern eines Staatsgedankens werden können. In solchem Staate wird die politisch und wirtschaftlich befähigte Nationalität die Führung übernehmen mit und gegen die Einflüsse Deutschlands oder Moskowiens. Wir sind überzeugt, daß das baltische Deutschtum in dieser Hinsicht eine bedeutende Rolle spielen muß. Wirtschaftlich tüchtig, von hoher politischer Moral, in einem jahrzehntelangen Kampf gegen die Russifizierung politisch herangebildet, erscheinen die Balten als die natürlichen Führer des Landes. Sollte es gelingen, sie auch mit einem Tropfen sozialen Oles zu salben, so werden sie die ihnen noch einmal von der Geschichte übertragene Aufgabe ruhmvoll durchführen.

Der Friede mit den Maximalisten bedeutet wie gesagt noch nicht den Frieden mit Rußland. Aber er gibt uns Zeit und Raum zur Errichtung neuer Grundmauern für spätere friedliche und vertrauensvolle Beziehungen zu den Völkern des ehemaligen Rußland. Wie diese Grundlagen beschaffen sein werden, das aber wird in hohem Maße auch davon abhängen, wie unsere Armee im Westen die ihr bevorstehenden gewaltigen Aufgaben zu lösen imstande ist. Dort muß die weitere Vorentscheidung über den Inhalt des künftigen Friedens auch mit den Russen fallen.

G. Kleinow

Peccatur extra et intra muros. Auf der Jubiläumstagung des Bundes der Landwirte sagte Herr von Oldenburg Januschau:

„Was außen geschehen ist, überwindet die Tapferkeit unserer Armee, aber im Innern, wie wir da wieder herauskommen sollen, das ist nur Gott bewußt. Der Kanzler, der das wieder in Ordnung bringt, auf den wird geschossen werden, und wenn auf ihn nicht geschossen wird, so taugt er nichts. Es kommt bloß darauf an, ob er auch schießt.“

Die Äußerung vom schießenden Kanzler wurde im Handumdrehen zum geflügelten Wort; prompt arbeitete die Legendenbildung durch Zusatz des „Volkes“ als Objekt und des Maschinengewehres als Mittel, und die Parteitaktik war um eine Waffe reicher. Im Reichstag ritt man schon in drei Sitzungen den oldenburgischen Schimmel zu Tode, wie Abg. Stresemann launig und treffend zugleich bemerkte.

Wir verspüren keinerlei Neigung, den konservativen Heißsporn — der übrigens nicht Fraktionsmitglied ist — in Schutz zu nehmen. Er hat sich wie gewöhnlich im Tone gröblich vergriffen, obwohl diesmal zweifelhaft bleiben wird, ob seine Äußerung nicht bildlich gemeint war. Entscheiden könnte das nur, wer sie gehört hat, und das Verhalten der Versammlung — die Berichte verzeichnen „Geisterlichkeit“ und „stürmischen Beifall“ — scheint da-

für zu sprechen. Denn wir glauben nicht, daß es Deutsche gibt, die „vor Freude heulen“ bei dem Gedanken, daß auf Angehörige ihres Volkes geschossen wird, wie das der „Vorwärts“ (19. Februar) unterstellt.

Gerade diese Seite kleidet höhnische Enttäufung schlecht, denn sie treibt es genau so arg wie Herr von Oldenburg! Findet man doch in dem führenden Blatte der Berliner Sozialdemokratie folgenden „Ausruf“:

„Es sind unsere Feinde . . . Wir müssen sie schlagen . . . Und wir werden sie schlagen,“ so steht es in fetten Lettern, dickunterstrichen mitten im Text, und der Leser freut sich dieses Bekenntnisses zur Parole vom 4. August. Der Ahnungslose! Nicht das Baralongvolk oder die Revanchefanatiker sind mit den „Feinden“ gemeint, sondern, wie „zwischen den Zeilen“ bei genauerem Hinsehen deutlich wird, die eigenen Landsleute, „die unter dem irreführenden Namen ‚Vaterlandspartei‘ den Krieg ins Endlose fortsetzen wollen!“ Auf „Feinde“ wird ja wohl auch „geschossen“!? Wo ist da noch ein Unterschied von den Ubertreibungen des Januschauer Kammerherrn?

Nur eine Empörung ist am Platze, die nämlich, daß die geile Pflanze der deutschen Zwieltucht wieder üppig ins Kraut geschossen ist. Und mir einer darf mit Recht höhnisch-zufrieden dreinschauen, der wahre „Feind“ jenseits der deutschen Schützengräben. ✠



Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
Verantwortlich: der Herausgeber Georg Kleinow in Berlin-Vichterfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:

An die Schriftleitung der Grenzboten in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 85 a.
Fernsprecher des Herausgebers: Amt Vichterfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Bügow 8510.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 85 a.
Druck: „Der Reichsbote“ G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 36/37.